

Zeitschrift: DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen
Herausgeber: Verein DrogenMagazin
Band: 20 (1994)
Heft: 4

Artikel: Und sie bewegt sich doch
Autor: Hafen, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801222>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Und sie bewegt sich doch

Die Schweizer Drogenpolitik ist ein starres Gebilde – paralyisiert durch unvereinbare ideologische Differenzen und damit unfähig, sich den Entwicklungen und Erkenntnissen in der Drogenarbeit anzupassen. FDP, SP und CVP bemühen sich jetzt, den festgefahrenen Karren aus der Sackgasse zu manövrieren.

VON MARTIN HAFEN

«Jede noch so weite Reise beginnt mit dem ersten Schritt.»

Nichts könnte die vorsichtige Annäherung der drei grossen Bundesratsparteien in Sachen Drogenpolitik besser umschreiben als dieses chinesische Sprichwort. Wie weit die Reise ist, zeigt ein Blick auf die aktuelle Situation der schweizerischen Drogenpolitik – oder besser: der Drogenpolitiken, denn von Kohärenz oder Kontinuität kann keine Rede sein.

Die Rolle der Initiativen

Mitten in dieses fast schon babylonisch anmutende Durcheinander wurden die beiden Volksinitiativen «Jugend ohne Drogen» und «Initiative für eine vernünftige Drogenpolitik» lanciert. Sie

wollen den Zugang zu den heute illegalen Drogen so weit wie möglich einschränken resp. ermöglichen und stehen sich dementsprechend diametral gegenüber. Die kompromisslose Ausrichtung der beiden Volksbegehren trug den InitiantInnen bald einmal den Vorwurf ein, sie würden die Diskussion polarisieren und konsensfähige Lösungen verunmöglichen, ein Vorwurf, der so berechtigt er auf den ersten Blick erscheint – sich als falsch herausstellen sollte. Erstens haben die beiden Initiativen durchaus einen gemeinsamen Nenner, nämlich die Aussage, dass es so nicht weitergehen kann, und zweitens zwingt ihre Kompromisslosigkeit die grosse Mehrheit (und damit die PolitikerInnen) geradezu zur Auseinandersetzung mit der Thematik, zur Suche nach einem Mittelweg.

Gegenvorschlag des Bundes zu «Jugend ohne Drogen»

Nachdem der Bund unter Innenminister Cotti während Jahren zwischen den Forderungen eines grossen Teils der schweizerischen Drogenfachleute und dem politischen Druck aus dem Ausland laviert und jede klare Stellungnahme tunlichst vermieden hat, wird er nun durch zweierlei gezwungen, Gesicht zu bekennen: einerseits durch die Initiative «Jugend ohne Drogen», andererseits durch die Erkenntnis, dass es vielleicht auch unpopulärere Mittel als Prävention, Therapie und Geldwäschereiartikel braucht, um die Drogenproblematik zu entschärfen. In einem Gegenvorschlag zur Verbotsinitiative will der Bund nun 1995 aufzeigen, wie es in der schweizerischen Drogenpolitik weitergehen soll. Nach den Angaben des Direktors des Bundesamtes für Gesundheitswesen, Thomas Zeltner, werden zwei Punkte im Mittelpunkt der Diskussion stehen: die Frage der Strafbarkeit des Eigen-

konsums und diejenige der wissenschaftlich begleiteten Heroinabgabe.

Gemeinsam statt einsam

Diese zwei Punkte sind auch im Aktionsprogramm enthalten, welches die Arbeitsgruppe Drogenpolitik der SP und der FDP erarbeitet und am 10. Mai der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Im Gegensatz zum Bund hat die Arbeitsgruppe schon klare Lösungen definiert: Ausbau der Heroinabgabe auf alle Schwerstabhängigen – wer das ist, bliebe zu definieren – und Entkriminalisierung von Drogenkonsum sowie Besitz und Erwerb von Kleinstmengen zum Eigengebrauch. Die CVP bezog kurz darauf Stellung zum Programm von FDP und SP und betonte ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Mit einer Ausweitung der Heroinabgabe unter ärztlicher Aufsicht ist die CVP einverstanden, doch mit der Entkriminalisierung bekundet sie noch Mühe. Parteipräsident Anton Cottier schloss allerdings einen Meinungswandel in der Diskussion auf Expertenebene nicht aus. Dass der Konsens auf Expertenebene eines und die Zustimmung von Parteileitung und Basis etwas anderes sein können, sind sich vor allem die bürgerlichen Parteien bewusst. Kein Wunder, denn mit Geneviève Aubry (FDP) und Markus Kündig (CVP) engagieren sich zwei prominente Mitglieder für die Initiative «Jugend ohne Drogen».

Zankapfel FFE

Der dritte umstrittene Punkt neben Heroinabgabe und Entkriminalisierung ist der Gebrauch des Fürsorgerischen Freiheitsentzuges (FFE). Hier besteht zwischen SP und FDP (noch) keine Einigkeit: FDP-Parteipräsident Franz



Steinegger fordert einen vermehrten Einsatz und die mögliche Verlängerung dieser Zwangsmassnahme; die SP will den FFE nur in Einzelfällen gebrauchen, wobei diese Position auch von der CVP unterstützt wird.

Über die anderen Punkte des SP/FDP-Programmes herrscht weitgehende Einigkeit. Zum Ausbau der Prävention hat die CVP differenziertere Vorschläge auf Lager. Die Unterstützung von erzieherischen Möglichkeiten zur Förderung der Therapie-Motivation ist jedoch genauso unbestritten wie die verstärkten Massnahmen zur Verfolgung der Grosskriminalität und die Verpflichtung des Bundes zur Verstärkung

seiner Führungsrolle in der Drogenpolitik.

Die nächsten Schritte

Die Parteien sind sich einig, dass die bezogenen Positionen möglichst schnell auf Parteiebene diskutiert, die restlichen Differenzen ausgeräumt und die Umsetzung der konsensfähigen Entscheide konkretisiert werden sollen. Die CVP schlägt erneut eine nationale Drogenkonferenz vor, wobei noch nicht klar ist, in welchem Mass die SVP miteinbezogen werden kann. Der Wille zu einer Beschleunigung der drogenpolitischen

Veränderungen ist allenthalben vorhanden: Gemäss SP-Zentralsekretär André Daguet muss die Revision des Betäubungsmittelgesetzes zügig an die Hand genommen werden; die flächendeckende Heroinabgabe an Schwerstabhängige möchte er jedoch noch vor der Gesetzesrevision im Rahmen der laufenden Versuche erreichen. Der Sozial- und Präventivmediziner Felix Gutzwiller, der die Drogenkommission der FDP präsidiert, schliesst seinerseits einen Dringlichen Bundesbeschluss zur Erreichung der gesteckten Ziele nicht aus.

Allem Anschein nach ist schon mehr als ein Schritt auf der grossen Reise getan. ■